

Klarheit für Geisfeld noch 2014

18.6.14

STRASSENBAU Ob Strullendorf eine Umgehung für Geisfeld baut oder nicht, darüber soll bis zum Jahresende entschieden werden. Davor sollen aber Zahlen, Daten und Fakten auf den Tisch kommen.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED **HANS KURZ**

Strullendorf - Die Debatte um eine Umgehungsstraße für Geisfeld reicht bis ins letzte Jahrhundert zurück. Anfangs stand allein eine Südwestumgehung von der Staatsstraße (St 2276) aus Richtung Bamberg weiter in Richtung Zeegendorf und Heiligenstadt auf dem Wunschzettel vieler Geisfelder. Hinzugekommen ist in den vergangenen Jahren nun eine Nordwestumgehung zur Staatsstraße (St 2210) in Richtung Litzendorf.

Die Diskussion, ob eine Umgehung überhaupt notwendig ist, und wenn ja, in welcher Form, ist in den letzten Jahren schärfer geworden. Die Befürworter hoffen auf eine Verkehrsberuhigung im Ortskern und vor allem auf mehr Verkehrssicherheit in der engen Ortsdurchfahrt. Die Gegner fürchten eine Verlagerung des Lärms an den Ortsrand und beklagen vor allem den hohen Flächenverbrauch und die hohen Kosten, die für die Gemeinde mit dem Bau verbunden sind.

Dass der Freistaat, der eigentlich für die Staatsstraßen zuständig ist, den Bau realisiert, ist schon vor drei Jahren in weite Ferne gerückt. Denn die Nordwestumgehung wurde nie in den Ausbauplan für die Staatsstraßen in Bayern aufgenommen, und die Südwestumgehung rutschte von der ersten in die zweite Dringlichkeitsstufe - sprich: wird auf absehbare Zeit nicht gebaut.

Die Diskussion, und weitere Planungen schienen also fruchtlos. Doch seit zwei Jahren reifen



Aus Bamberg kommend könnte hier eine Nordwestumgehung nach links in Richtung Litzendorf abzweigen.

Fotos: Hans Kurz

trotzdem wieder die Pläne. Mit einem sogenannten Sonderbaulastprogramm fördert der Freistaat den Bau von Umgehungsstraßen mit hohen Zuschüssen, wenn dieser von den Gemeinden selbst übernommen wird. Für die Gemeinde Strullendorf also die einzige Möglichkeit, eine Umgehung für Geisfeld zu bekommen - so sie denn gewünscht wird.

Kosten und Folgekosten

Im Gemeinderat zeichnete sich eine Mehrheit für dieses Vorhaben ab. Doch der Streit um das Für und Wider hielt auch in den Wahlkampf Einzug. Noch in diesem Jahr soll eine Entscheidung fallen, hatte etwa Wolfgang Desel (CSU) gefordert, der schließlich als klarer Gewinner aus der Bürgermeisterwahl hervorging. Egal ob ja oder nein. An dieser Ankündigung will er auch als Amtsinhaber festhalten. Desel räumt aber ein, dass es durchaus aufs Jahresende zugehen kann, bis es so weit ist. Denn vor einer Entscheidung des Gemeinderats will er, dass „alle Zahlen, Daten und Fakten bekannt sind“.

Die Zahlen, das sind natürlich die Baukosten. Vor allem aber geht es darum, die tatsächliche Höhe staatlicher Zuschüsse klären. „Da ist mal von 60, mal von 70, mal von 80 Prozent die Rede. Das ist mir zu ungenau“, sagt Desel. Es macht auch einen nicht unerheblichen Unterschied, bei Kosten von rund vier Millionen Euro, die zuletzt im Raum standen.

Zu berücksichtigen sind auch die Folgekosten, wenn die Ortsdurchfahrt nach einem Umgehungsstraßenbau zur Gemeindestraße wird. Wie hoch ist die staatliche Ausgleichszahlung für den Straßenunterhalt? Was ist, wenn ein Gehweg gebaut wird, der dann umlagefähig ist, die Anwohner also finanziell trifft? „Auch diese Summen müssen zumindest annähernd genannt werden können“, stellt Desel klar.

Zu den Fakten, die auf den Tisch kommen sollen, gehören exakte Zahlen zum Verkehrsaufkommen. Die der Gemeinde vorliegenden Daten stammen zumeist noch von Zählungen aus dem Jahr 2010. Ein Termin beim Staatlichen Bauamt Bamberg im



Für diesen Anwohner der Ortsdurchfahrt ist die Sache klar.

Juli, soll zur Klärung beitragen. Auch die Besucherzahlen in dem 900-Einwohner-Ort, also die möglichen Auswirkungen auf die Gastronomie und den Einzelhandel - eine Metzgerei - will Desel klären lassen. Und nicht zuletzt die Stimmung der unmittelbar Betroffenen.

Bürgerbefragung möglich

„Eine Bürgerbefragung könnte ein Mosaikstein sein in der ganzen Entscheidungsfindung“, sagt Desel. Ein Bürgerentscheid

zu dem Bauvorhaben ist ihm zufolge nicht möglich, da es sich eben doch um Staatsstraßen handelt. Die Befragung müsste allerdings in ganz Strullendorf durchgeführt werden. Welches Ergebnis ein solches Stimmungsbild bringen würde, wagt der Bürgermeister nicht einzuschätzen. Klar ist ihm jedoch, dass Gegner und Befürworter der Umgehung nicht unter einen Hut zu bringen sein werden. Die Diskussion im Gemeinderat dürfte spannend werden.